

Das Ende des Westens

Donald Trump und Wladimir Putin verbindet eine prekäre Bromance. Beide denken in Einflussphären, die Demokratie gilt ihnen nichts. Die herrschende liberale Weltordnung halten sie für eine historische Fehlentwicklung. Gastkommentar von Ulrich M. Schmid

Bei seiner Schlussrede an der Münchner Sicherheitskonferenz brach deren scheidender Leiter Christoph Heusgen in Tränen aus. Seine Gefühlswallung galt dem Ende der transatlantischen Freundschaft. Zuvor hatte der amerikanische Vizepräsident J. D. Vance in einer dummen und anmassenden Rede schwadroniert, dass nun Amerika und nicht mehr Europa die Hüterin der westlichen Werte sei.

Schon der laue Applaus für Vance zeigte jedoch, dass zentrale westliche Begriffe im transatlantischen Diskurs mittlerweile nur noch Homonyme sind. Demokratie bedeutet für die Trump-Administration nicht mehr das Aushandeln von Kompromissen, sondern das notfalls gewaltsame Durchsetzen der eigenen Position, die als «nationales Interesse» verbrämt wird. Freiheit meint nicht mehr Toleranz für Andersdenkende, sondern die Willkür des Stärkeren. Menschenrechte sind nicht mehr universal, sie werden der Staatsräson untergeordnet. Anders als Vance behauptet, ist es jedoch nicht Europa, sondern Trumps Amerika, das von den gemeinsamen Werten abgefallen ist.

Kultur und Unkultur

Das zivilisatorische Selbstbewusstsein des Westens entstand erst in der Aufklärung. Noch in der Renaissance grenzte sich der humanistische Süden gegen den barbarischen Norden ab. Der stolze Florentiner Machiavelli protestierte im letzten Kapitel des «Principe» gegen den italienischen Feldzug des französischen (und mithin nördlichen) Königs Charles VIII. Noch deutlicher zeigte sich die Gefahr aus dem Norden 1527 im «Sacco di Roma», als deutsche Söldner die Ewige Stadt plünderten. Erst im 18. Jahrhundert drehte sich die Grenzachse zwischen Kultur und Unkultur um 90 Grad und trennte neu den Westen vom Osten. Der Begriff der Zivilisation tauchte als Neologismus auf und wurde bald zum Kern des Westens, der sich vom Rest der Welt abheben wollte.

Heinrich August Winkler hat in seiner monumentalen «Geschichte des Westens» darauf hingewiesen, dass die zentralen Elemente westlicher Staatsordnungen wie Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und repräsentative Demokratie Ende des 18. Jahrhunderts als «Ergebnis transatlantischer Zusammenarbeit» entstanden waren. Politische Gestalt erhielt die Einheit des Westens allerdings erst während des Ersten Weltkriegs, als die USA weltpolitische Verantwortung übernahmen. Allerdings stiess das Engagement der Amerikaner auf dem alten Kontinent bald an seine Grenzen. Zwar konnte der idealistische Präsident Woodrow Wilson noch die Versailler Friedensverträge vermitteln, er musste aber bei seinem Lieblingsprojekt des Völkerbundes eine bittere Niederlage einstecken, als ausgerechnet der amerikanische Senat eine Mitgliedschaft der USA verweigerte.

Max Weber arbeitete 1920 in der berühmten Vorbemerkung zu seiner Religionssoziologie eine Reihe von genuin westlichen Kulturmerkmalen heraus. Er verwies dabei auf die kritische Wissenschaft, die Ausdifferenzierung der Berufe, die Rationalisierung des Wirtschaftslebens, die Trennung von Privatsphäre und Öffentlichkeit. Damals gehörte Deutschland – wie Thomas Mann in seinen «Betrachtungen eines Unpolitischen» eigensinnig bestätigte – noch nicht zum Westen. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das von den Westmächten besetzte Deutschland zwangsweise in den «Westen» integriert – zu seinem eigenen Vorteil.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien sich das Projekt des Westens auch auf Russland auszudehnen. Anders als die ostmitteleuropäischen Staaten konnte Russland jedoch nicht an eine westlich

geprägte Tradition aus der Zwischenkriegszeit anknüpfen. Die Sowjettyrannie war fast nahtlos auf das Zarenregime gefolgt.

König und Zar

Der erste Präsident Boris Jelzin schenkte dem postsowjetischen Russland zwar grundlegende Freiheiten und träumte sogar von einer Nato-Mitgliedschaft. Er stürzte aber mit seiner chaotischen Wirtschaftspolitik breite Bevölkerungsschichten in die Armut. Putin verfolgte gegenüber der Verwestlichung Russlands eine Doppelstrategie: Schon 1999 bezeichnete er den Sowjetkommunismus als «Sackgasse», gleichzeitig arbeitete er aber konsequent auf eine Entkernung der westlich geprägten Institutionen seines Staates hin. Heute ist Russland eine Polizeidiktatur und nur noch auf dem Papier eine Föderation.

Die USA unter Trump und Russland unter Putin weisen einige Gemeinsamkeiten auf. Zwar betont Trump immer wieder, dass er wie kein anderer die amerikanischen Werte verkörpere. Allerdings hat er mit seinem Gepolter in den vergangenen Wochen deutlich gemacht, dass er wenig von «checks and balances» hält. In der amerikanischen Verfassung – einem der Gründungsdokumente des Projekts des Westens – interessiert ihn nur Artikel 2, der die Exekutivmacht dem Präsidenten überträgt.

Trumps Tweets sind entlarvend: «Wer das Land rettet, steht über dem Gesetz.» Kürzlich bezeichnete sich Trump sogar selbst als «König». Seine Entourage besteht aus Hofschranzen, die ihre eigene Meinung Trumps Launen opfern müssen, wenn sie nicht gefeuert werden wollen.

Jelzin hat 1993 eine starke Stellung des Präsidenten in der russischen Verfassung herbeigebombt. Das gesamte vierte Kapitel (Artikel 81–93) beschreibt die ausgedehnten Kompetenzen des Staatsoberhauptes. Putin profitiert von diesem Geschenk und regiert sein Land schon lange wie ein Autokrat. Politik gibt es nicht mehr. Im Volksmund wird das Parlament wegen seines Ausstosses kremltreuer Gesetze der «wild gewordene Drucker» genannt. Auch in Russland ist Loyalität zum Präsidenten das wichtigste Qualifikationsmerkmal für hohe Regierungsposten.

König Donald und Zar Wladimir verbindet eine prekäre Bromance. Beide denken in Einflussphären. Die Souveränität von Nachbarstaaten ist für Trump und Putin das Resultat einer historischen Fehlentwicklung, die sie nicht hinnehmen wollen. Die EU mit ihren 450 Millionen Menschen ist ein Konstrukt, das in Washington und Moskau wenig gilt. Trump und Putin wollen nur bilaterale Kontakte mit den europäischen Hauptstädten. Ihre grosse Chance erblicken sie im Ausnutzen und Verschärfen innereuropäischer Konflikte. Trumps einziges Interesse an Europa ist der Ausgleich der Handelsbilanz. Sonst freut er sich über den «grossen, wunderschönen Ozean», der Amerika und Europa trennt.

Kojèves Prophezeiung

Putin kopiert zwar in seinem Prestigeprojekt der «Eurasischen Wirtschaftsunion» die Institutionen der EU. Es geht ihm aber dabei nicht um die Sicherung westlicher Werte und schon gar nicht um Mitbestimmung der postsowjetischen Staaten, sondern um imperiale Machtausübung im «nahen Ausland». Erleichtert wird Trumps und Putins rücksichtslose Aussenpolitik durch die Tatsache, dass die Mehrheit der amerikanischen und der russischen Staatsbürger keinen Reisepass hat. Diese Menschen kennen nur das Inland und überlassen die internationale Bühne sorglos den präsidentialen Hasardeuren.

Der französisch-russische Philosoph Alexandre Kojève mutmasste bereits in den fünfziger Jahren über eine gegenseitige Angleichung des amerikanischen Kapitalismus und des Sowjetsozialismus. Aus seiner Sicht machen beide Systeme Politik überflüssig und steuern auf ein gemeinsames Ziel zu, nämlich die Sicherung des materiellen Wohlstandes der Menschen. Aus Kojèves Sicht war die Entmündigung der Staatsbürger keine Katastrophe. Er meinte tröstend, dass alles bleibe, was den Menschen glücklich mache: «die Kunst, die Liebe, das Spiel». Begeistert erwähnte Alexandre Kojève in einem Brief an den Politikwissenschaftler Iring Fetscher eine Episode mit dem sowjetischen Aussenminister Molotow, der sich 1955 während eines USA-Besuchs einen Cowboyhut aufgesetzt hatte. Kojève erblickte in dieser Geste eine «Konvergenz der russisch-amerikanischen Lebensstile».

Für Kojève hatten die USA bereits das Ende der Geschichte, eine ewige Präsenz erreicht. Die amerikanischen Menschen waren durch den Konsum bereits zu unpolitischen Lebewesen geworden. Die Russen stellten aus

dieser Perspektive einfach «noch arme Amerikaner» dar, die aber in Zukunft denselben Zustand erreichen würden.

In der Tat konnte die russische Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts entscheidende Wohlstandsgewinne verbuchen. Putin achtete aber sorgfältig darauf, dass die neue Mittelschicht nicht am politischen Prozess partizipierte. Damit hielt er seine Entscheidungskosten gering, bis er 2022 erkennen musste, dass dafür die Kosten seiner Entscheidung ins Unermessliche wuchsen. Faktisch bezahlt die russische Bevölkerung durch eine Inflationsrate von zehn Prozent eine enorme Kriegssteuer.

Es gibt also Hinweise, dass Kojève falsch lag. Die öffentlichen Finanzen in Russland sind in Schieflage, Trumps turbulente «Deals» schädigen langfristig auch die amerikanische Wirtschaft. Im Unterschied zu Russland gibt es in den USA noch eine funktionierende öffentliche Sphäre. In der vergangenen Woche wurde der von der Kremlpropaganda benebelte Trump sogar durch die ihm sonst wohlgesinnte «New York Post» belehrt. Auf dem Titelblatt prangte ein Putin-Porträt mit der Schlagzeile: «Das ist ein Diktator.» Der bereits angerichtete Schaden ist aber erheblich. Lange Zeit verfügten die USA über eine erhebliche Soft Power. Auch Russland konnte auf eine beeindruckende Tradition kultureller Höchstleistungen zurückblicken. Trump und Putin haben diese Soft Power zerstört. Es wird im Fall der USA Jahre, im Falle Russlands Jahrzehnte dauern, bis auch nur der Punkt erreicht sein wird, an dem man an einen Neuanfang denken kann.

Ulrich M. Schmid ist Professor für Osteuropastudien an der Universität St. Gallen.